

XVIII. Armee-Korps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. IIIb. Tgb.-Nr. 22974/7009.

Frankfurt a. M., 1. 12. 1916.

Bekanntmachung

Über Bestandsaufnahme und Beschlagnahme der Gesamtbestände von Kakaos und Schokolade zugunsten der Heeresverwaltung.
Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 357) mit Ergänzungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 645) und vom 25. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 778) im besonderen auf Grund des § 5 der Verordnung wird bestimmt:

§ 1.

Wer

1. Rohkacao, auch gebrannt oder geröstet,
2. Kakaomasse,
3. Kakaobutter,
4. Kakaopfeffern,
5. Kakaoschrot,
6. Kakaopulver,
7. Kakaopulver in Mischungen mit anderen Erzeugnissen (z. B. Kakao, Bananen-Kacao, Nährkacao aller Art usw.),
8. Schokoladenmasse (auch Ueberzugsmasse),
9. Schokolade aller Art (auch Schokoladenpulver),
10. Kakaoschmelze (Kakaogruß und Kakaoschmelze)

mit Beginn des 5. 12. 1916 für seine oder fremde Rechnung in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen, getrennt nach Art und Eigentümer unter Bezeichnung der Eigentümer und der Lagerungsorte, der Kriegs-Kacao-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Mönckebergstraße 31 bis zum 11. 12. 1916 durch eingeschriebenen Brief anzuzeigen. Alle Mengen derselben Warengattung, die demselben Eigentümer gehören, sind zusammenzufassen und in einer Ziffer, in Kilogramm, anzugeben. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 5. 12. 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach Empfang zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Mengen, die für die einzelnen Eigentümer genommen, insgesamt weniger als zehn Kilogramm von jeder der angegebenen Warengattung betragen.

Außerdem hat der Eigentümer von insgesamt mehr als 200 Kilogramm der oben genannten Waren (alle Bestände zusammen gerechnet) der Kriegs-Kacao-Gesellschaft in Hamburg telegraphisch seinen gesamten Bestand an diesen Waren, einzeln, ob dieser sich im eigenen oder fremden Gewahrsam, insbesondere auf dem Transporte befindet, nach Gewicht in Kilogramm, und zwar jede Warengattung in einer besonderen Ziffer, anzuzeigen.

§ 2.

Die nach § 1 anzeigepflichtigen Mengen gelten vom 5. 12. 1916 ab als zugunsten der Heeresverwaltung beschlagnahmt. Sie dürfen nur mit Genehmigung der Kriegs-Kacao-Gesellschaft anderweitig abgesetzt, verarbeitet oder weitergegeben werden.

§ 3.

Wer anzeigepflichtige Mengen (§ 1) in Gewahrsam hat, hat sie der Kriegs-Kacao-Gesellschaft auf Verlangen zu überlassen und auf Abruf zu verladen. Er hat sie bis zur Abnahme aufzubewahren und pflichtig zu behandeln. Auf Verlangen hat er der Kriegs-Kacao-Gesellschaft Proben gegen Erstattung der Portokosten einzusenden.

§ 4.

Die Kriegs-Kacao-Gesellschaft hat auf Antrag des zur Ueberlassung Verpflichteten binnen spätestens 8 Wochen nach Eingang des Antrags zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen sie übernehmen will. Für Mengen, die sie hiernach nicht übernehmen will, erlöschen die Beschränkungen des § 2 dieser Bekanntmachung. Das Gleiche gilt, soweit sie eine Erklärung binnen der Frist nicht abgibt. Die Bestimmungen des § 2 der Bundesrats-Verordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Kacao und Schokolade (Reichs-Gesetzblatt Seite 503) werden hierdurch nicht berührt. Ist der Verpflichtete nicht zugleich der Eigentümer, so kann auch der Eigentümer den Antrag nach dem ersten Satz dieses Paragraphen stellen.

Alle Mengen, die hiernach der Abnahme der Kriegs-Kacao-Gesellschaft vorbehalten sind, werden von ihr zu Eigentum der Heeresverwaltung übernommen. Der zur Ueberlassung Verpflichtete hat der Kriegs-Kacao-Gesellschaft anzuzeigen, von welchem Zeitpunkt ab er liefern kann. Die Abnahme hat innerhalb spätestens 6 Wochen nach diesem Zeitpunkt zu erfolgen.

§ 5.

Die Kriegs-Kacao-Gesellschaft setzt den Uebernahmepreis für die von ihr übernommenen Waren fest. Ist der Verpflichtete mit diesem Preise nicht einverstanden, so

ist nach den Bestimmungen der §§ 2 und 3 der Verordnung vom 24. Juni 1915 (Schiedsgericht) zu verfahren.

§ 6.

Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, die Kriegs-Kacao-Gesellschaft vorläufig den von ihr festgesetzten Preis zu zahlen.

§ 7.

Die Zahlung soll in der Regel bei der Abnahme, jedoch spätestens 4 Wochen nach Abnahme in bar zu erfolgen.

§ 8.

Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt, hat Bestrafung (Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 M.) gemäß Ziffer 4 des § 6 der Verordnung vom 24. Juni 1915/9. Oktober 1915 zu gewärtigen. Im übrigen finden die Strafbestimmungen dieses Paragraphen auch hinsichtlich der Ziffern 1 bis 3 a. a. O. Anwendung.

§ 9.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Mengen, die im Gewahrsam der Heeresverwaltung oder der Marine-Verwaltung stehen. Der stellv. Kommandierende General:

Riebel, Generalleutnant.

Betr.: Mehllieferung für jüdisches Osterbrot (Magen).

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Das zur Herstellung des jüdischen Osterbrotes erforderliche Mehl wird an die betreffenden Bäckereien nur durch Vermittlung der Zentrale für Magenversorgung in Frankfurt a. M., Schäferstraße 14 geliefert und hat diese Zentrale den Bürgermeistereien anzuzeigen, wieviel Mehl zur Herstellung der Magen den Bäckereien der Gemeinde zugewiesen worden ist. Die Synagogenvorstände sind verpflichtet, Ihnen die Inhaber von Bezugsscheinen, welche diese zum Empfang von Magen von ersteren erhalten haben, namhaft zu machen, und wollen Sie darum diese Inhaber dementsprechend bei der Ausgabe der Prospektkarten kürzen.

Gießen, den 28. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Vom 4. 12. 1916 an werden nachstehende Begehrten an den Planübergängen der Feldwege von 8 oder 7 Uhr nachmittags bis 6 oder 7 Uhr vormittags geschlossen gehalten.

in km	4,814	(Gemarkung Wagenborn-Steinberg)
" "	11,136	" (Garbenteich)
" "	12,740	" (Kohnhausen)
" "	16,036 und 16,420	" (Lich)
" "	16,966; 17,875 und 19,315	" (Langsdorf)
" "	20,091	" (Sungen)

Die zuständigen Bürgermeistereien wollen dies so gleich ortsüblich bekannt machen.

Gießen, den 1. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Einsetzung der Abdeckerverzeichnisse.

An Grohh. Polizeiamt Gießen und die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern hiermit an die Vorlage der Abdeckerverzeichnisse für Monat November 11. 18.

Gießen, den 4. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Vangermann.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 30. November wurden in hiesiger Stadt gefunden: 1 Handbeutel mit Inhalt, 1 Kinderhülle, 1 Paar Strümpfe, 1 Rosenkranz, 1 Pelz, Teil einer Hemmvorrichtung, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Buch und 1 Stück Stoff. Verloren: 1 Herbedeckel, 1 Portemonnaie mit 25 M. Inhalt, 1 Hundertmarkschein, 1 goldene Brosche, 1 silberne Damenuhr, 1 Beinharnisch, 1 Regenschirm, 1 Briefmappe mit 14 Mark Inhalt, 2 Karten und 1 Notizbuch, 1 Damenportemonnaie mit Inhalt, 1 Damenportemonnaie mit 22 M. Inhalt, 1 Portemonnaie mit 10 M. Inhalt und 2 Rote Kreuz-Lose, 1 goldene Brosche mit Perlen, 1 Kinderjacke, 1 Manschette mit Knopf und 1 Ledertasche mit 7 M. Inhalt.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände beliehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei der unterschriebenen Behörde, Zimmer Nr. 1 erfolgen.

Gießen, den 2. Dezember 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Demmerde.

Betr.: Gewerbe-Legitimationskarten.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeiamt Gießen.

Wer nach § 44 der Gewerbeordnung Warenbestellungen ausführt oder Waren anläßt, bedarf hierzu einer Legitimationskarte, welche nach § 44 a der Gew.-Ord. für die Dauer des Kalenderjahres erteilt wird. Sie wollen die Interessenten, welche ihren Geschäftsbetrieb im Jahre 1917 fortzusetzen oder zu beginnen beabsichtigen, durch wiederholte ortsübliche Bekanntmachung auffordern, ihre Anträge auf Erteilung der Legitimationskarte bei Ihnen jetzt schon und so zeitig zu stellen, daß sie zu Anfang des nächsten Jahres im Besitz der erforderlichen Legitimationskarten sein können. Die Anträge wollen Sie uns, unter Benennung des von uns durch Ausschreiben vom 26. Januar 1906 — Amtsblatt ohne Nummer — vorgeschriebenen Formulars, baldigst vorlegen.

Zur Erstattung des Berichtes ist die Bürgermeisterei des Niederlassungsortes der Firma zuständig, in Gießen Großh. Postamt.

Die Beantwortung der in dem Berichte vorgesehenen Fragen ist aufs genaueste vorzunehmen, damit eine Rücksendung zur vervollständigung vermieden wird.

Für Erteilung der Legitimationskarte ist nach Tarif Nr. 49 des Urkundenstempelgesetzes ein Stempel von 5 Mark zu verwenden, welcher Betrag vor Erteilung zu entrichten ist. Sie wollen auf Seite 1 des Berichtes angeben, ob die Einzahlung des Betrags gleichzeitig mit demselben und auf welche Art (durch Ueberbringer oder Posteingahlung) erfolgt.

Die Einzahlung durch Postanweisung hat frei von Porto und Bestellgeld zu erfolgen.

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die Ausstellung von Wandergewerbefcheinen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeiamt Gießen.

Da nach § 60 der Gewerbeordnung die Wandergewerbefcheine für die Dauer des Kalenderjahres zu erteilen sind, wollen Sie alle, Personen, welche den Gewerbebetrieb im Jahre 1917 fortzusetzen oder zu beginnen beabsichtigen, durch wiederholte ortsübliche Bekanntmachung auffordern, ihre Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbefcheins jetzt schon, und zwar so zeitig zu stellen, daß sie zu Anfang des nächsten Jahres im Besitz der Scheine sein können. Die eingehenden Anträge sind uns unter Benennung des vorgeschriebenen Formulars, auf welchem am Kopfe das Jahr, für welches der Schein begehrt wird, angegeben ist, baldigst vorzulegen.

Alle, schon gebrauchte Wandergewerbefcheine sind nicht mit vorzulegen.

Die Beantwortung der gestellten Fragen ist von Ihnen so eingehend zu vollziehen, daß Rückfragen und damit Verzögerungen in der Ausstellung vermieden werden. Eine Beantwortung wie „unbekannt“ hat zu unterbleiben, es sind vielmehr die erforderlichen Ermittlungen von Ihnen vorzunehmen.

Den Anträgen auf Vertreibung von Druckschriften ist ein Verzeichnis derselben in doppelter Ausfertigung beizufügen.

Nach der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 4. März 1912 — Reichsgesetzblatt Seite 189 ff. — ist in die Wandergewerbefcheine eine Photographie des Inhabers einzufügen. Wir verweisen auf unser Ausschreiben vom 12. Oktober 1912 (Kreisblatt Nr. 80). Die Photographie ist in Visitenkartenformat unaufgezogen bei Stellung des Antrags auf Ausstellung eines Wandergewerbefcheins beizubringen. Sie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgröße von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein. Sie ist zu erneuern, wenn in dem Aussehen des Gewerbetreibenden eine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Bei gemeinsamen Wandergewerbefcheinen genügt die Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliebes.

Auf der Rückseite der Photographie ist die Persönlichkeit des Antragstellers sofort genau zu vermerken, damit Verwechslungen vermieden werden.

Gleichzeitig machen wir Sie nochmals besonders auf die Vorschriften der §§ 82 ff. der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 20. März 1912 (Regierungsblatt Seite 48 ff.) aufmerksam. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbefcheinen sind nach Regierungsblatt 1912 Seite 131 zu behandeln und die Bedingungen, insbesondere die gestellten Fragen wegen etwaiger Verstößen des Antragstellers und der Begleiter gewissenhaft und erschöpfend zu beantworten. Die Personalbeschreibung ist, wo dies ohne besondere Weitläufigkeiten ausführbar ist, stets durch persönliche Vernehmung festzustellen.

Dat der Antragsteller erst im laufenden Jahre seinen Wohnsitz in Ihrer Gemeinde gewonnen, so ist, sofern nach Lage der Sache die Möglichkeit mißbräuchlicher Verwendung des Wandergewerbe-

scheins nicht ausgeschlossen erscheint, durch Nachfrage bei der Polizeibehörde des früheren Wohnorts festzustellen, ob dem Antragsteller bereits ein Wandergewerbefchein erteilt war.

Bei allen Anträgen auf Erteilung von Wandergewerbefcheinen zum Feisel- und Schienstiden, zum Pferdehandel und zu Gewerbebetrieben, die unter § 55 Ziffer 4 der Gewerbeordnung fallen (Kunsterei, Kinetographen, Theater, Musikaufführungen usw.), sowie bei allen Anträgen inländischer Zigeuner hat die Prüfung jedoch stets nach Maßgabe des oben erwähnten Meisters zu erfolgen.

Wegen der vorher zu regelnden Krankenversicherung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen machen wir Sie auf nachstehende Bekanntmachung aufmerksam.

Die Formulare zur Verichterstattung sind bei W. Alee, E. Volter in Gießen, sowie Trudereibitzer Robert in Grünberg erhältlich.

Zum Schlusse weisen wir wiederholt darauf hin, daß die ausgefertigten Wandergewerbefcheine nunmehr von uns an die Finanzämter abgegeben und von diesen nach Verwendung des Urkundenstempels und nach Regelung der Wandergewerbefsteuerfrage an die Gewerbetreibenden ausgehändigt werden. Letztere sind bei Entgegennahme der Anträge hierauf besonders aufmerksam zu machen und zu bedeuten, daß ihnen durch das für ihren Wohn- und Aufenthaltsort zuständige Finanzamt besondere Nachricht zur Abholung des ausgefertigten Wandergewerbefcheins zugehen wird. An uns ist deshalb auch die Stempelabgabe für Wandergewerbefcheine nach Tarif-Nr. 90 des Urkundenstempelgesetzes nicht mehr einzufenden. (Vergleiche Ausschreiben vom 3. Mai 1912 — Kreisblatt Nr. 36.)

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die Krankenversicherung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeiamt Gießen.

Entsprechend § 235 der Reichsversicherungsordnung sind die im Wandergewerbe Beschäftigten krankenversicherungspflichtig. Der § 469 Absatz 1 R.V.O. und § 16 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 — Regierungsblatt Nr. 22 —, betreffend die Ausführung der Reichsversicherungsordnung, bestimmen, daß jeder Wandergewerbetreibende vor Stellung des Antrags auf Erteilung eines Wandergewerbefcheins die in seinem Wandergewerbebetriebe Beschäftigten, soweit er sie von Ort zu Ort mitführen will, ihrer Zahl nach bei der zuständigen Landkrankenkasse anzumelden hat.

Demzufolge werden alle Wandergewerbetreibende in den Landgemeinden des Kreises Gießen hiermit aufgefordert, die in ihren Betrieben Beschäftigten und soweit sie von ihnen von Ort zu Ort mitgeführt werden sollen, bei der Landkrankenkasse des Landkreises Gießen vor Beantragung des Wandergewerbefcheins als Mitglieder anzumelden.

Die Landkrankenkasse des Landkreises Gießen hat ihren Sitz in Gießen. Die Geschäftsräume befinden sich Kaiser-Allee Nr. 3, eine Treppe hoch.

Bei der Anmeldung hat der Arbeitgeber nach Bestimmung des Kassenvorstandes die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbefcheins im voraus zu entrichten. Ueber die empfangenen oder gestundeten Beiträge stellt die Krankenkasse unter Angabe des Grundlohns und des Wochenbeitrags eine Bescheinigung aus.

Beschäftigte, für die der Arbeitgeber über die angemeldete Zahl hinaus die Erlaubnis nach § 62 der Gewerbeordnung erst nach Empfang des Wandergewerbefcheins nachsucht, hat er durch Vermittlung der für diese Erlaubnis zuständigen Behörde (Kreisamt) anzumelden.

In diesem Falle werden die Beiträge an das Kreisamt gezahlt und von dort der Landkrankenkasse übermittelt.

Wird der Schein oder die Erlaubnis zurückgenommen oder der Betrieb sonst eingestellt, so erstattet der Kassenvorstand auf Antrag die zuviel gezahlten Beiträge zurück, ebenso für volle Kalenderwochen, in denen nachweislich der Arbeitgeber die Personen nicht mit sich geführt hat.

Bei Beantragung eines Wandergewerbefcheins ist der Großherzoglichen Bürgermeisterei die Bescheinigung der Krankenkasse über die empfangenen oder gestundeten Beiträge zur Vorlage an das Großherzogliche Kreisamt zu übergeben. Gesuchen um Erteilung von Wandergewerbefcheinen, die ohne Bescheinigung der Landkrankenkasse eingehen, wird nicht stattgegeben, da gemäß § 461 R.V.O. die Erteilung des Wandergewerbefcheins von Vorlage der genannten Bescheinigung abhängig ist.

Die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden haben vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Hemmerde.